

Erklärung der AG Frieden im Stadtverband Köln der Partei dieBasis zum 25. Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 – mitgetragen vom Stadtverband Köln

Frieden braucht Wahrheit – Wahrheit braucht Mut

Am 11. September 2026 jährt sich zum 25. Mal der Tag, an dem die Welt durch die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon erschüttert wurde. Die AG Frieden im Stadtverband Köln der Partei dieBasis nimmt diesen Jahrestag zum Anlass, nicht nur der Opfer zu gedenken, sondern auch die offiziellen Darstellungen kritisch zu hinterfragen und einen Bogen zur Corona-Pandemie zu schlagen, die die WHO am 11. März 2020 offiziell ausrief.



Die herrschende Darstellung der Ereignisse vom 11. September 2001 besagt, dass 19 Attentäter unter Führung von Osama bin Laden mit entführten Flugzeugen die Türme des World Trade Centers (WTC) und das Pentagon angegriffen haben sollen, was zum Einsturz der WTC-Gebäude und zum Tod von fast 3.000 Menschen führte. Darauf folgten der so genannte „Krieg gegen den Terror“ zunächst gegen Afghanistan und Irak mit 1,3 Millionen Toten (laut IPPNW-Bodycount von 2015), massive Einschränkungen von Bürgerrechten und der Ausbau umfassender Überwachungsstrukturen. Ziel war nach Aussage von US-General Wesley Clark – über Afghanistan hinaus – die Führung von Kriegen gegen sieben Länder: Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran.

Aus Sicht der AG Frieden sind nach 25 Jahren zentrale Aspekte dieser Darstellung immer noch unzureichend geklärt oder widersprüchlich:

- ♦ Der Einsturz von WTC 7, das nicht von einem Flugzeug getroffen wurde, erfolgte in freier Fallgeschwindigkeit – ein Phänomen, das bei kontrollierten Sprengungen, nicht jedoch bei Bränden möglich ist.
- ♦ Die schnelle Identifizierung der Täter, diverse Ungeheimheiten in der offiziellen Darstellung und die Rolle der Geheimdienste werfen Fragen nach Vorwissen, Unterlassung oder aktiver Beteiligung auf.
- ♦ Die politische und wirtschaftliche Nutzung der Er-

eignisse (Patriot Act, endlose Kriege, Rüstungsausgaben, Kontrollsysteme) legt nahe, dass die offizielle Version nicht die Wahrheit abbildet.

Solche kritischen Fragen sind kein „Leugnen“ von Leid, sondern Ausdruck der Pflicht, Machtstrukturen und offizielle Narrative zu prüfen – besonders wenn daraus jahrzehntelange Kriege und Grundrechtseinschränkungen abgeleitet wurden.

Am 11. März 2020 – fast 19 Jahre nach dem 11. September – erklärte die WHO die COVID-19-Ausbreitung zur Pandemie. Auch hier folgten rasch weitreichende Maßnahmen: Lockdowns, Maskenpflicht, Impfkampagnen, digitale Kontrollsysteme und eine massive Ausweitung staatlicher und supra-staatlicher Befugnisse verbunden mit einer phänomenalen Gehorsamsübung. Die AG Frieden sieht strukturelle Parallelen:

- ♦ Beide Ereignisse dienten als Katalysator für tiefgreifende gesellschaftliche und rechtliche Veränderungen.
- ♦ In beiden Fällen wurde abweichende Meinung schnell diskreditiert, und kritische Stimmen wurden marginalisiert oder kriminalisiert.
- ♦ Beide führten zu einer Konzentration von Macht und Ressourcen bei bestimmten Akteuren (Rüstungsindustrie und Sicherheitsapparate nach 2001; Pharma, Big Tech und globale Gesundheitsinstitutionen ab 2020).
- ♦ Beide – 9/11 und Corona – können als bewusst herbeigeführte Operationen mit einer Vielzahl von Zielvorgaben gesehen werden.

Die Begründung war jeweils eine existenzielle Bedrohung, die einen „übergesetzlichen Notstand“ und damit außergewöhnliche Mittel rechtfertigte. Die zeitliche Verwandtschaft der Daten (11. September und 11. März) mag zufällig sein. Die Muster der Informationskontrolle, der Angstpolitik und deren langfristige Folgen sind es nicht.

„Omni War“ und „Cui bono?“

Der Begriff „Omni War“ beschreibt die Vorstellung einer umfassenden, multidimensionalen Kriegsführung, die nicht nur militärisch, sondern auf allen Ebenen erfolgt: informationell, wirtschaftlich, psychologisch, biologisch und politisch. Anschläge, Pandemien, Wirtschaftskrisen und gesellschaftliche Spaltungen können in diesem Rahmen als Elemente einer fortlaufenden Auseinandersetzung um Kontrolle, Ressourcen und Narrativhoheit verstanden werden.

Die klassische Frage „Cui bono?“ – Wem nützt es? – bleibt zentral:

- ♦ Nach dem 11. September: massive Ausweitung von Militär- und Geheimdienstbudgets, neue Kriege, Kontrolle der Energie- und Rohstoffregionen, Ausbau des Überwachungsstaates.
- ♦ Während und nach der Corona-Zeit: enorme Gewinne der Pharmaindustrie, Beschleunigung digitaler Identitäts- und Kontrollsysteme, Stärkung globaler Institutionen, Umverteilung von Vermögen und Macht, Aushöhlung demokratischer Verfahren unter dem Vorwand des Notstands.

Wer von Angst, Ausnahmezustand und der Durchsetzung neuer Normalitäten profitiert, muss besonders genau unter die Lupe genommen werden. Die AG Frieden fordert daher transparente Aufklärung statt Tabuisierung, unabhängige Untersuchungen statt Dogmen und den Schutz der Grundrechte statt ihrer dauerhaften Einschränkung im Namen der Sicherheit oder Gesundheit.

Unser Standpunkt

Die AG Frieden im Stadtverband Köln der Partei dieBasis tritt für Frieden ein – und Frieden beginnt mit der Wahrheit. Wir gedenken der Opfer des 11. September 2001 und aller, die unter den Folgen von Kriegen, Terror und Ausnahmezuständen gelitten haben und leiden. Gleichzeitig lehnen wir es ab, offizielle Narrative unhinterfragt zu übernehmen, wenn sie als Begründung für Kriege, Überwachung und die Aushöhlung demokratischer Rechte dienen.

25 Jahre nach dem 11. September und sechs Jahre nach dem Beginn der Corona-Maßnahmen fordern wir:

- ♦ unabhängige, ergebnisoffene Aufarbeitung beider Ereignisse,
- ♦ die Rücknahme dauerhafter Ausnahmezustände und Kontrollstrukturen,
- ♦ den Schutz von Meinungsfreiheit und wissenschaftlichem Diskurs,
- ♦ und eine Politik, die dem Gemeinwohl dient statt den Interessen derjenigen, die von Krise und Angst profitieren.

Frieden braucht Wahrheit. Wahrheit braucht Mut.

*AG Frieden im Stadtverband Köln der Partei dieBasis
11. September 2026*